

lich 0,75 Euro pro Kilogramm gedrückt. Mit diesen niedrigen Preisen können afrikanische Geflügelproduzenten nicht mithalten. Mit den 500 Millionen Euro, die Afrika für Fleischimporte zahlen, könnten mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze in der Hühnermast, im Futtermittelanbau, im Zwischenhandel und in der Schlachtung geschaffen werden. Die Präsidentin von Brot für die Welt, Cornelia Füllkrug-Weitzel, sagt: „Die EU muss, wie die Bundeskanzlerin auf einer G20-Veranstaltung versprochen hat, Afrika neue faire Handelsbeziehungen anbieten.“ Dazu gehören, dass sich Staaten vor EU-Billigexporten schützen können müssen. Füllkrug-Weitzel: „Am besten wäre es, die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Afrika auszusetzen und neue faire Abkommen zu verhandeln.“

Liberia importiert Geflügelfleisch aus Europa für nur 0,48 Euro pro Kilogramm. Auf dem Markt in der Hauptstadt Monrovia kostet ein Kilo Hähnchenschenkel allerdings 2,50 Euro. Francisco Mari, Agrarhandlungsexperte von Brot für die Welt, sagt: „Da kann kein einheimischer Geflügelmäster mithalten, und weil die Konkurrenz fehlt, wird der EU-Billigpreis noch nicht einmal an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben. So machen Importeure und die EU-Schlachtindustrie das große Geschäft auf dem Rücken der Kleinmäster in Afrika.“

Die meisten Geflügelfleischexporte der EU gingen 2016 nach Südafrika, Benin und Ghana. Deutsche Ausfuhren sind laut Statistik zurückgegangen und werden vermehrt über das Hauptexportland Niederlande abgewickelt. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) sollen Afrika zollfreien Marktzugang in die EU gewähren, im Gegenzug dürfen 80 Prozent der EU-Exporte ohne Zoll in Afrikas Märkte ausgeführt werden. Bisher ist nur ein regionales Abkommen ratifiziert worden. Mit vier weiteren Ländern und einer Region sind Übergangsabkommen abgeschlossen worden. Die restlichen 40 afrikanischen Staaten haben als ärmste Staaten bereits ohne Abkommen ihren EU-Marktzugang. Brot für die Welt; Berlin, 7. September 2017

Neues Projekt:

Gutes Essen macht Schule

Die Entscheidung beginnt auf dem Teller. Jedes Nahrungsmittel das wir auswählen und jedes Essen, das wir essen, hat einen direkten Einfluss auf persönliche, regionale und globale Zusammenhänge. Nicht nur unsere eigene Gesundheit ist abhängig von gesunder und bewusster Ernährung, sondern auch das Klima, die weltweite Ernährungssituation, Tiere, Pflanzen und die Umwelt allgemein. Es ist eine Entscheidung, die darüber bestimmt, wie wir die Erde für nachfolgende Generationen hinterlassen. Ernährungsgewohnheiten entstehen früh und verändern sich später wenig. Es ist deswegen unabdingbar, dass Kindern ermöglicht wird zu lernen, was eine nachhaltige Ernährung ausmacht, auch wenn sie selbst noch nicht entscheiden, was auf ihren Tellern landet.

Kindertagesstätten und Schulen tragen deswegen eine große Verantwortung. Bundesweit werden die Kinder dort täglich mit Mittagessen versorgt. Das Essen ist jedoch meist weder biologisch, noch fair produziert. Auch der allgemeine Umgang mit Lebensmitteln und die Lebensmittelverschwendung in Mensen und Kantinen, stellt ein großes Problem dar.

Das Projekt „Gutes Essen macht Schule“ möchte hier ansetzen und bundesweit nachhaltiges Essen in Kitas und Schulen fördern. In einem mehrstufigen Prozess sollen alle wichtigen Akteure mit einbezogen werden, um dann zunächst vor allem über Bewusstseins- und Motivationsbildung eine langfristige Veränderung der Essensversorgung umsetzen zu können.

Unser Angebot dazu umfasst Informationsveranstaltungen, Workshops und Projekttag. Eine individuelle Situationsanalyse und Beratung ist möglich und zielt darauf ab, angepasste Lösungen für die unterschiedlichen Probleme der Schulen und Kindertagesstätten zu finden. Eine Vernetzung mit regionalen Lieferanten für biologische und faire Produkte, sowie die Herstellung zu weiteren relevanten Kontakten kann von uns übernommen werden.

Ziel ist es, den Kindern nachhaltig zu ermöglichen sich in Zukunft bewusst für gutes Essen entscheiden zu können.

Liebe Leser und Leserinnen,

Da das Agrar Info auch unser „Mitgliederblatt“ ist, wollen wir in Zukunft in jeder Ausgabe etwas mehr über unsere Arbeit und den Verein berichten und den einen oder anderen Gedanken mit Ihnen teilen.

Auch werden wir eher kürzere Artikel veröffentlichen und mehrere Themen abdecken. Das haben sich viele gewünscht.

Wir es Ihnen erscheint, wissen wir nicht, aber wir haben dieses Jahr kaum ein Insekt gesehen, keine Mücke und keine Fliegen, nichts. Wo sind sie geblieben und warum sind sie verschwunden?

Das Thema unseres Projektes für 2017 und 2018 ist Wachstum für wen? Was wollen wir denn, was wachsen soll? Alternativen zu präsentieren ist nicht immer leichter als zu sagen, was man nicht will. Angesichts der bevorstehenden Reform der Europäischen Agrarpolitik GAP (ja, es ist schon wieder so weit), fordern wir, dass auf unseren Feldern und weltweit die Biodiversität wieder wachsen soll. Es ist beängstigend zu erfahren, dass von 111 beobachteten und bei uns vorkommenden Vogelarten in Europa seit 1980 mehr als 40% in ihrem Bestand abgenommen haben und schon damals wahrscheinlich die Bestände dezimiert waren!

Wenn diese Info erscheint, haben wir wahrscheinlich schon alle gewählt. Hoffen wir, dass die nächste Regierung den Mut hat, auch unbequeme Wahrheiten anzuerkennen und etwas ZU TUN!

Wir können nur weitermachen. Deshalb bedanken wir uns für Ihre Unterstützung und Treue.

Ihr Team der Agrar Koordination

Agrar Koordination unterstützen

Zur Umsetzung unserer Aktivitäten brauchen wir noch Unterstützung. Jede Spende hilft, unsere Themen in die Öffentlichkeit zu bringen. Gemeinsam können wir uns für eine ressourcen- und umweltschonende Landwirtschaft einsetzen, die alle Menschen weltweit ernährt. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Vielen Dank für Ihre/Eure Unterstützung.

Die Spenden sind an folgende Bankverbindung zu richten:

Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V.

Kennwort: Agrarinfo Spende 2017

GLS Bank IBAN: DE29 4306 0967 2029 5635 00

BIC: GENODEM1GLS

Wir müssen neue Wege in der Spendenakquise gehen.

Viele Anbieter geben gemeinnützigen Vereinen die Möglichkeit, Spenden über den Internetverkauf zu erhalten. Auch wenn uns generell die Idee nicht gefällt, können wir es uns nicht leisten, diese Möglichkeit nicht zu nutzen. Es steht ja Jedem frei dies zu nutzen oder nicht.

Zurzeit kann man uns über folgende Portale unterstützen:

www.smile.amazon.de

www.gooding.de

www.clicks4charity.net

www.boost-project.com

Voraussetzung ist, dass Sie über diese Portale und die Anbieter ins Netz gehen und uns auswählen.

Impressum

6 Ausgaben im Jahr kosten € 10,80 für die E-Mailausgabe und 14,80 für die Druckausgabe (Lastschrift) inklusive Porto für den Versand im Inland. Für ein Auslandsabo stellen wir das erhöhte Porto in Rechnung.

Herausgeber: Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig). Spendenquittungen werden ausgestellt.

Redaktion: Agrar Koordination, Ursula Gröhn-Wittern, Nernstweg 32, 22765 Hamburg,

Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

Bankverbindung: Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank IBAN: DE29 4306 0967 2029 5635 00

Druck: Druckwelten Hamburg, 100 % recycling Papier

ISBN: 978-3-9813497-2-6



„Compact with Africa“

Startschuss für die nächste Schuldenkrise in Afrika?

Eines der erklärten Ziele der deutschen G20-Präsidentschaft war die Einleitung einer „neuen Partnerschaft mit Afrika“. Deren zentrale Säule und das Prestigeprojekt der Bundesregierung ist die „Compact with Africa“-Initiative, die vom Bundesfinanzministerium koordiniert wird. Die Initiative zielt auf die massive Ausweitung von privaten Investitionen nach Afrika, um damit vor allem Infrastrukturprojekte zu finanzieren. In Afrika sollen dadurch Jobs und Wohlstand entstehen und Fluchtursachen bekämpft werden. Doch die Initiative kommt mit Risiken.

Was genau ist der „Compact with Africa“?

Bei den „Compacts“ handelt es sich um „Investitionspartnerschaften“ zwischen als reformwillig geltenden afrikanischen Ländern, den internationalen Finanzinstitutionen und G20-Partnerländern. Die afrikanischen Staaten verpflichten sich zu Reformen, die sie für (ausländische) Investoren attraktiver machen. Die internationalen Finanzinstitutionen und bilateralen Partner unterstützen sie dabei durch technische und finanzielle Hilfe. Durch die politische Unterstützung der G20 sollen private Investoren mehr Vertrauen in die ausgewählten Länder gewinnen. Jedes Land handelt ein individuelles Maßnahmenpaket mit den beteiligten Partnern aus. Alle afrikanischen Länder wurden zur Teilnahme an der Initiative eingeladen. Der Einladung bislang gefolgt sind der Senegal, die Elfenbeinküste, Tunesien, Marokko, Ruanda, Ghana und Äthiopien.

Mehr öffentliche Entwicklungshilfemittel gibt es dabei ausdrücklich nicht. Aus dem bestehenden Entwicklungshaushalt wurden lediglich 300 Millionen Euro unter dem Etikett „Marshallplan mit Afrika“ abgezweigt, die den bislang drei „Compact“-Ländern der Bundesregierung – Tunesien, Ghana und die Elfenbeinküste – für Projekte etwa im Bereich der erneuerbaren Energien oder der Finanzmarktentwicklung zur Verfügung stehen.

Die nächsten G20-Präsidentschaften haben bereits signalisiert, dass sie die Initiative weiter aufgreifen wollen, so dass mehr Länder hinzukommen können. 2018 liegt die G20-Präsidentschaft bei Argentinien, das bereits überlegt, die Initiative auch auf nicht-afrikanische Länder auszuweiten.

Probleme mit dem „Compact with Africa“: Wachstum für wen?

Compact with Africa ist der jüngste Ausdruck eines einseitigen Entwicklungsdiskurses, der auf privates Kapital als alleinigen Heilsbringer setzt. Staatliche Entwicklungshilfe habe versagt, heimische Ressourcen reichen nicht, man müsse nun auf private Investoren setzen, die Afrika mit Milliardensummen „helfen“ sollen. Öffentliche Mittel sollen vor allem zur Absicherung der (ausländischen) privaten Investitionen eingesetzt werden.

Dass ausgerechnet jetzt auf die massive Ausweitung privater Investitionen für Afrika gesetzt wird, liegt vor allem an den Auswirkungen der Niedrigzinspolitik seit der globalen Finanzkrise zur Ankurbelung der Konjunktur in den reichen G20-Ländern. Jeder Sparer in Deutschland etwa spürt die Auswirkungen dadurch, dass er oder sie auf sein Erspartes keine Zinsen erhält. Die in reichen Ländern ansässigen Pensionsfonds, Banken und Unternehmen erhalten auf ihre Anlagen ebenfalls so gut wie keine Rendite, müssten aber aufgrund ihrer Zahlungsverpflichtungen etwa im Bereich der Alterssicherung Renditen über dem Nullniveau erwirtschaften. Also sind sie anderswo auf der Suche nach rentablen Anlagemöglichkeiten. Im Kern geht es beim „Compact with Africa“ also weniger um Entwicklungshilfe als um ein innenpolitisches Ziel: Afrika soll für private Anleger erschlossen werden. Die Bundesregierung erklärt dies auch in aller

Offenheit, wenn sie sagt, dass sie Afrika für westliche Pensionsfonds attraktiv machen will. Denn in Afrika sind noch hohe Renditen zu holen, liegen hier doch einige der gegenwärtig weltweit am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften.

Risiken werden ausgeblendet

Während Schäuble und Co. sich viele Gedanken um die Absicherung möglicher Risiken für Investoren machen, blenden sie die Risiken für die afrikanischen Empfängerländer, etwa steigende Schulden, fast vollständig aus.

Dabei sind nach Recherchen von erlassjahr.de aktuell bereits 43 afrikanische Länder von Überschuldung bedroht. In einer derartigen Situation ist die massive Ausweitung von privater Kreditvergabe nur dann zu verantworten, wenn im Falle einer resultierenden Schuldenkrise die Möglichkeit für Schuldenerleichterungen geschaffen wird. Genau dafür sorgt der „Compact with Africa“ aber nicht. Das „African Forum and Network on Debt and Development“ zusammen mit dem „Africa Development Interchange Network“, die eine Konsultation mit zivilgesellschaftlichen VertreterInnen aus 40 afrikanischen Ländern organisierten, kritisieren in einer Stellungnahme diese Lücke. Der „Compact“ diskutiere zwar die bessere Überwachung von Schuldenrisiken, doch die Lösung einer eingetretenen Krise würde einfach ausgeklammert. Natürlich ist gegen eine bessere Überwachung von Schuldenrisiken nichts zu sagen, aber nur, weil man eine Gefahr schneller erkennt, heißt das noch nicht, dass man sie auch bewältigen kann.

Die Schuldenkrise bewältigen

Dabei müssten die Architekten der „Compact“-Initiative nur in der Geschichte zurückschauen. Der sogenannten „Schuldenkrise der Dritten Welt“ in den 1980er und 1990er Jahren gingen massive Kapitalexperte in den Globalen Süden in Form von Krediten von privaten Banken voraus, die in den 1970er Jahren wegen niedriger Rendite in den reichen Ländern nicht wussten wohin mit ihrem Geld. Als dann globale Zinsen stiegen und Preise für die Exportgüter der Schuldnerländer fielen, wurden viele Schuldnerländer zahlungsunfähig. Weil es keine angemessenen Entschuldungsverfahren gab, dauerte die Lösung der Schuldenkrise rund 20 Jahre, mit dramatischen Konsequenzen für die Menschen in den betroffenen Ländern, sowie hohen Kosten für die SteuerzahlerInnen in reichen Geberländern, deren Regierungen mit Rettungsgeldern dafür gesorgt hatten, dass die privaten Gläubigerbanken weniger Verluste einnehmen mussten. Lernen die G20 nicht aus den Erfahrungen der Vergangenheit, riskieren sie, dass sich die Geschichte wiederholt.

Rechtzeitig vorsorgen

Um das zu verhindern, hätten die G20 bei ihrem Gipfel in Deutschland die Gelegenheit nutzen müssen, vorsorglich verbindliche Regeln zur Lösung von Schuldenkrisen zu schaffen. Im März 2017 untermauerten die G20 FinanzministerInnen in ihren Beschlüssen, dass eine Schuldenkrise nur gelöst werden kann, wenn Schuldenerleichterungen von allen Beteiligten mit gutem Glauben, gordnet, zeitig und effektiv ver-

handelt werden können. Doch die bestehenden Verfahren können das nicht bieten, weshalb die Lösung von Schuldenkrisen oft unnötig lang und mit hohen wirtschaftlichen und sozialen Kosten verschleppt wird. Die Staats- und RegierungschefInnen bei ihrem Gipfel in Hamburg haben es versäumt, den Faden wieder aufzugreifen und die globale Finanzarchitektur an dieser Stelle zu verbessern. Vorherige Versuche an anderer Stelle, ein umfassendes internationales Entschuldungsverfahren zu schaffen, sind meist am Widerstand einiger G20-Länder gescheitert. Damit setzen die G20 die Entwicklungserfolge der vergangenen Jahrzehnte aufs Spiel, obwohl sie angeben, mit dem „Compact with Africa“ für Entwicklung sorgen zu wollen.

Was kann ich tun?

Sowohl die Initiative als auch globale Schuldenkrisen werden im nächsten Jahr nicht einfach wieder verschwunden sein. Doch die Bundestagswahlen bieten eine Chance dafür, dass sich in der Politik etwas in Richtung faire Entschuldungsverfahren bewegen lässt. Doch dafür ist der Druck aus der Zivilgesellschaft

und die Einforderung von Rechenschaft bei politischen Entscheidungsträger/innen entscheidend. 2018 plant erlassjahr.de daher verschiedene Aktionen und Veranstaltungen, um mit Entscheidungsträger/innen ins Gespräch zu kommen und sie zum Handeln aufzufordern. Diese Aktionen werden am 10. und 11. November in Münster bei der erlassjahr.de-Jahrestagung konkretisiert und konkret verabredet. Wir möchten Sie hiermit herzlich dazu einladen, diese Aktivitäten mitzugestalten. Alle Informationen zur Tagung findet man unter <http://erlassjahr.de/termin/erlassjahr-de-jahrestagung-2017/>.

Angaben zur Person:

Kristina Rehbein ist politische Referentin bei dem Bündnis erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung e.V. Bei erlassjahr.de ist sie u.a. für die Geschäftsführung, Kampagnen und die Region Afrika zuständig. Kristina Rehbein studierte Kulturwissenschaften und Globale Entwicklung und arbeitet seit 6 Jahren bei erlassjahr.de.

„Moderne“ Landwirtschaft ist Artenkiller Nummer eins

Von Stephan Börnecke

Der Klimawandel setzt unserer Natur massiv zu. Doch – ohne das eine gegen das andere ausspielen zu wollen – nicht steigende Temperaturen, Zunahme von Stürmen oder Überflutungen führen dazu, dass 72 Prozent von 8700 in einer Studie der University of Queensland untersuchten Arten extrem bedroht sind, sondern durch die Ressourcen-Ausbeutung des Menschen. Waldrodungen und vor allem die intensive Landwirtschaft sind zu mehr als 70 Prozent die Gründe, die Arten an den Rand des Ruins bringen, nur 19 Prozent hingegen sind vom Treibhausklima betroffen. In einem Beitrag für das Fachjournal Nature befürchten Wissenschaftler um Sean Maxwell von der University of Queensland deshalb, dass die Fokussierung auf den Klimaschutz zu einer falschen Prioritätensetzung führe.

Im Fokus dieses unheilvollen Prozesses steht die „moderne“ Landwirtschaft mit ihren fatalen Folgen für den Kreislauf unserer Natur. Es ist unzweifelhaft, dass die Landwirtschaft der Artenkiller Nummer eins ist und es auch bleiben wird, so lange der Acker als Fabrik begriffen wird und das gerade vom Bauernverband postulierte „Weiter so“, gestützt mit neuen Waffen der Agrarchemie-industrie, nicht hinterfragt wird.

Feldvogelarten sind besonders betroffen

Dis Fakten: Das europaweite Monitoring häufiger Brutvögel zeigt: Von den 111 beobachteten und auch bei uns vorkommenden Arten nahmen in Europa seit den 1980er Jahren mehr als 40 Prozent in ihrem Bestand ab. Heute gibt es in Europa 421 Millionen weniger Vögel als noch vor 30 Jahren. Rund 90 Prozent dieser horrenden Verluste betreffen die 36 häufigsten Vogelarten, darunter Haussperling, Star und Feldlerche. Letzterer Vogel, Indikatorart für eine intakte Landwirtschaft, deutet es an: Das Gros der Verluste betrifft die agrarischen Arten. Denn allein in der Agrarlandschaft gingen in der EU seit 1980 rund 300 Millionen Brutpaare und damit jeder zweite Vogel verloren. Die Individuenzahlen der 39 Feldvogelarten gingen in den vergangenen 30 Jahren um mehr als 50 Prozent zurück, bestätigt auch eine Analyse der britischen Universität Exeter, der Vogelschutzorganisation Royal Society for the Protection of Birds (RSPB) sowie dem Paneuropäischen Monitoring-Programm für häufige Arten.

Der „Chart Indikator Agrar“, mit dem die Bundesregierung den Zustand der Natur auf dem Feld taxiert, lag zuletzt bei dürrtigen 56 Prozent, die Verbesserung auf 59 Punkte war nur vorübergehender Natur, der Indikator ist damit wieder auf dem Tiefpunkt von 2011. Die Agrarumweltprogramme, die hier mit geringen finanziellen Mitteln der europäischen Agrarpolitik gegensteuern sollen, während die weitaus höheren Mittel in die Intensivierung fließen, reichen offensichtlich nicht aus, die Auswirkungen der Intensivierung zu kompensieren. Sie zeigen nämlich in der Fläche keine positiven Wirkungen für die Artenvielfalt.

Beispiel Feldlerche: Allein zwischen 1998 und 2015 ging die Population der Feldlerche deutschlandweit um mindestens 20 Prozent zurück, in manchen Ländern wie Schleswig-Holstein hat sie sich halbiert. In den Landkreisen Offenbach und Main-Taunus vor den Toren Frankfurts ging die Population sogar um 60 Prozent runter. „Mindestens dort ist in 20 Jahren ein Aussterben wahrscheinlich“, prophezeit Stefan Stübing, Vize-Präsident des Dachverbands der Deutschen Avifaunisten.

Einer der Gründe: der Vormarsch von Wintergetreide, welches heute auf der Hälfte der Äcker wächst (1950 gab es 1,5 Millionen Hektar Wintergerste und Winterweizen, heute sind es zusammen mit Roggen, Triticale und Raps sogar 5,4 der 11,6 Millionen Hektar). Das Wintergetreide aber wird mitten in der Brutzeit der Lerchen geerntet. Stübing: „Der Acker ist reines Produktionsgelände geworden. Dort gibt es keinen Platz mehr für Leben.“



© Stephan Börnecke

Nicht nur Vögel – Auch Pflanzen und Insekten sterben aus

Waren vor rund 50 Jahren Äcker noch zu 40 Prozent mit Wildkräutern bedeckt, sind es heute noch vier Prozent, zeigen vegetationskundliche Vergleiche von 400 mittel- und norddeutschen Äckern. Sie zeigen, dass die Artenzahl der Wildkräuter seit den 1950/60er Jahren um mehr als 70 Prozent zurückging. Im Innern intensiv bewirtschafteter Felder leben heute noch allenfalls fünf bis sieben Allerweltsarten, und die sind oftmals herbizidresistent.

Kein Wunder, dass bei der regelmäßigen Giftdusche von den 350 in Deutschland vorkommenden Ackerswildkräuterarten die Hälfte von den Äckern verschwunden, ausgestorben oder verschollen ist. 93 Arten stehen auf der Roten Liste der bedrohten Pflanzen. Parallel sind die mittleren Feldgrößen drastisch gewachsen, womit der Anteil der für die Vielfalt wichtigen Ränder und Säume,

den verbliebenen, potenziellen Hotspots nach unten purzelte. In den 50er und 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts machten nach einer Luftbildauswertung in Norddeutschland die Ränder um die acht bis neun Prozent der Schläge aus. 50, 60 Jahre später hat sich die Zahl auf vier Prozent mehr als halbiert.

Ähnlich die Insekten: Schon mal etwas von der Berghexe gehört? Dieser elegant ockerbraun gescheckte Tagfalter lebt auf Trockenrasen und damit auf einem Landschaftstyp, den es immer seltener gibt. Die Berghexe, ein Spezialist und damit im Gegensatz zu den Generalisten wie Tagpfauenauge oder Kleiner Fuchs auf einen besonderen Lebensraum angewiesen, gehört zu den vom Aussterben bedrohten Arten. Ihnen gibt die moderne Landwirtschaft keinen Raum mehr, wobei neben der intensiven Landnutzung und der Belastung durch Stickstoffdünger auch der Klimawandel seinen Anteil hat. Dieser Cocktail macht selbst vor Naturschutzgebieten nicht halt. Das ergab eine Langzeit-Untersuchung von Wissenschaftlern des entomologischen Senckenberg-Instituts Müncheberg in einem Naturschutzgebiet bei Regensburg. Dort hatten Entomologen 1840 noch 117 Tagfalterarten gezählt. Heute sind es gerade noch 71.

Solche Vergleiche mit historischen Daten sind selten, und deshalb sind gerade die Erhebungen des Entomologischen Vereins Krefeld besonders wichtig und von hohem dokumentarischen Wert: Von anderen Wissenschaftlern beneidet, verfügt der Verein nicht nur über aktuelle Insektenlisten aus dem 100 Hektar großen Naturschutzgebiet Orbroich bei Krefeld aus dem Jahr 2013, sondern mit den selben Methoden erhobene Daten von 1989.

Der Vergleich zeigt ein desaströses Ergebnis: Die Forscher fanden 24 Jahre später nur noch ein Viertel der zuvor gefangenen Insektenmasse. Ein Rückgang um mehr als 75 Prozent. Bei einzelnen Fallenleerungen verzeichneten die Sammler sogar ein Minus von 90 Prozent. Ähnliche Daten publizierte der Nabu für ganz Nordrhein-Westfalen. „Während wir 1995 noch 1,6 Kilogramm aus den Untersuchungsfallen sammelten, sind wir heute froh, wenn es 300 Gramm sind“, kommentiert Nabu-Landeschef Josef Tumbrinck.

Meldungen

Sag Nee zu PET

Ein Blick hinter die Kulissen von abgefülltem Wasser Deutschland verbraucht mit 11,7 Tonnen am meisten Plastik in Europa. Beim Pro-Kopf-Konsum von abgefülltem Wasser liegt Deutschland nach Mexiko, Thailand und Italien weltweit an 4. Stelle. Abgefülltes Wasser ist ein 150 Milliarden Geschäft, das theoretisch nicht existieren müsste. Ohne guten Grund, geben Menschen mit Zugang zu vollkommen klarem und kontrolliertem Leitungswasser enorme Mengen an Geld für abgefülltes, verpacktes Wasser aus.

Jährlich trinken wir in Deutschland 11.5 Milliarden Liter abgefülltes Wasser – genug, um 9x das Berliner Olympiastadion zu füllen. Und das obwohl wir Zugang zu sauberem Leitungswasser haben. Leitungswasser ist das in Deutschland am strengsten kontrollierte Lebensmittel. Die Kontrolle findet in dem Moment statt, wenn das Wasser aus dem Hahn ins Glas fließt. Bei abgefülltem Wasser hingegen bevor es in die Flasche gefüllt wird. Somit werden alle Schadstoffe, die durch die Verpackung ins Wasser gelangen, bei der Qualitätsüberprüfung nicht berücksichtigt. Unser Wasser aus dem Hahn kann in den meisten Regionen ohne Bedenken getrunken werden. Leitungswasser ist nicht nur strenger kontrolliert als abgefülltes Wasser, es ist auch günstiger: Während wir für Wasser aus Flaschen im Durchschnitt 50ct pro Liter zahlen, kostet uns 1 Liter Leitungswasser nur 0,2ct. Selbst nach der angekündigten Preiserhöhung wird Leitungswasser 180mal günstiger sein als abgefülltes Wasser.

Aber das Wichtigste: Leitungswasser ist ressourcenschonender. Es wird weder Verpackung, noch Transport benötigt und ist zudem noch regional. Plastikflaschen hingegen sind eine extreme Belastung für die Umwelt. PET-Flaschen werden auf Erdölbasis hergestellt: 100ml Erdöl wird für eine 1l-Plastik-Flasche benötigt. Um die jährlichen CO2 Emissionen der weltweiten Produktion von

Wie bei anderen Erhebungen konnten die Forscher auch im Fall der Krefelder entomologischen Untersuchungen vermutlich nur einen Teil des wahren Desasters abbilden. Denn der wahre Schaden trat viel früher ein und stellt die Ergebnisse von vor 25 Jahren vermutlich in den Schatten. Weil die Insektenforscher dafür unter anderem Insektizide aus der Stoffklasse der Neonikotinoide verantwortlich machen, haben 77 Experten während einer Fachtagung am Stuttgarter Naturkundemuseum im Herbst 2016 eine Resolution zum Schutz der mitteleuropäischen Insekten verabschiedet und sich für ein Verbot dieser Gifte ausgesprochen.

Fast täglich kommen neue Meldungen zur Brisanz dieser systemisch, d.h. in allen Teilen der behandelten Pflanze wirksamen Insektizide der Stoffklasse der Neonikotinoide hinzu: So wie die von einer Gruppe US-amerikanischer und kanadischer Wissenschaftler, die im Sommer 2016 publiziert wurde. Sie bringen den dramatischen Rückgang von Schmetterlingen, wie er seit den späten 1990er Jahren im Untersuchungsgebiet in Kalifornien beobachtet wird, mit der Einführung von Neonikotinoiden im Jahre 1995 in Verbindung. Die Formel lautet: Weniger Individuen, kleinere Körper, weniger erzeugte Generationen pro Jahr sowie eine geringere Robustheit um Stressfaktoren zu widerstehen. Doch statt die Vorhaltungen ernst zu nehmen, kontert die Pflanzenschutzindustrie mit den Kosten, die ein Neonikotinoidverbot allein im Raps nach sich ziehen würde. Auf 900 Millionen Euro pro Jahr beziffern Bayer und Syngenta den Verlust in der Landwirtschaft.

Dabei fehlt es an Warnungen nicht. Eine neue Studie aus Ontario zeigt: Die Zahl Eier legender Hummelköniginnen sinkt, wenn sie Neonikotinoiden ausgesetzt sind, um 26 Prozent. Eine Reduktion in dieser Größenordnung, so die Wissenschaftler aus Ontario, „erhöht die Wahrscheinlichkeit des Aussterbens von Wildpopulationen“. Oder wie es Jeremy Kerr von der kanadischen University of Ottawa laut The Guardian ausdrückt: Die Mittel würden zum „Reproduktionsroulette für Bienen“.

Ein aktuelles Dossier zum Thema finden Sie hier:

www.martin-haeusling.eu/presse-medien/publikationen

PET-Flaschen auszugleichen, müssten wir eine Fläche 100x so groß wie das Saarland bepflanzen. Außerdem wird Flaschenwasser, das wir im heimischen Supermarkt kaufen, oft durch ganz Deutschland transportiert. Nicht nur die Produktion von Plastikflaschen, auch die Entsorgung richtet Schaden an: Denn was passiert eigentlich mit den 32 Millionen Plastikflaschen, die wir täglich benutzen? Zwar gibt es in Deutschland ein Pfandsystem, doch die Flut an Einwegflaschen ist damit nicht zu stoppen. Nur aus 25% der recycelten Flaschen werden neue Flaschen hergestellt. Die Mehrheit wird zu minderwertigen Kunststoffen verarbeitet. Außerdem landen Unmengen an Plastikflaschen in der Natur, vor allem in den Ozeanen.

Wasser aus der Flasche ist selten besser oder gesünder als Leitungswasser, verursacht hingegen ein ökologisches Desaster. Und es ist ganz einfach, etwas zu ändern: Leitungswasser trinken. Alles über das irrsinnige Geschäft von abgefülltem Wasser zeigt folgende Infografik bei: <http://trademachines.de/info/abgefülltes-wasser/>
Sagen Sie Nein zu PET-Flaschen und schonen Sie Ressourcen. Bereitgestellt durch <http://trademachines.de/>

Handel mit Afrika fair gestalten

Die Europäische Union (EU) und die Bundesregierung haben afrikanischen Staaten Unterstützung beim Aufbau einer eigenen Wirtschaft zugesagt. Billigexporte von Geflügelfleisch aus der EU lassen einheimischen Produzenten jedoch kaum Chancen. Brot für die Welt appelliert an die Bundesregierung, sich in der EU für Änderungen der bestehenden Wirtschaftspartnerschaften einzusetzen und die Handelsbeziehungen mit Afrika fair zu gestalten.

Im vergangenen Jahr hat die EU ihre Exporte von Geflügelfleisch nach Afrika auf 680 Millionen Kilogramm erhöht. Das ist ein Anstieg von zehn Prozent gegenüber 2015. Da der Verkauf der in Europa begehrten Hähnchenfilets bereits gewinnbringend ist, wurden die Ausfuhrpreise von Hähnchenteilen auf durchschnittlich